

Antragsbereich S / Antrag 9

Antragsteller: SPD-Ortsverein Büchenbach

Empfänger: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landesparteitag

S9: Der Weg zu einer solidarischeren Gesellschaft – Hartz IV abschaffen und Armut bekämpfen.

5 Unser Sozialstaat steht in unserem Land für Viele nicht mehr dafür, dass sie sich bei akutem Bedarf auf Solidarität und kollektive Absicherung verlassen können. Seit der Neoliberalismus und die seine Thesen mehr oder weniger vertretenden Parteien den Sozialstaat als Wachstumshindernis deklariert hatten und als zu teuer und zu ineffizient bezeichnet wurde, wurde von unten nach oben umverteilt und breite Bevölkerungsschichten durch massive Einschnitte in unsere sozialen Sicherungssysteme abgedrängt.

10 Private Vorsorge wurde immer stärker propagiert, sogar aus Gewerkschaftskreisen. Viele Jahre der Kürzungen und Einschnitte, die dann in der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün unter „Fordern und Fördern“ zusammengefasst wurden, zeigen gesellschaftspolitische Folgen: Zunahme und Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von „Hartz IV Karrieren“, Konzentration von immer mehr Reichtum, Vertrauens- und
15 Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und hier insbesondere der SPD, Einzug der AfD in den Bundestag.

20 Mit der Agenda 2010 Politik wurde die SPD zum Ausverkäufer des Sozialstaates. Dabei ist kein anderes Thema so sehr zum Symbolthema für den gesellschaftlichen Abstieg geworden wie Harz IV. Neben dem Verlust an Glaubwürdigkeit für die SPD als Partei für soziale Gerechtigkeit hat die Regelung zum Arbeitslosengeld I (ALG I) und Arbeitslosengeld II (ALG II) eine Entsolidarisierung innerhalb unseres Sozialversicherungssystems gebracht: Die Abstiegstreppe wurde steiler, wer fiel, fiel schneller und kam kaum
25 wieder hoch.

Um diesen Abschied vom Sozialstaat wieder umzukehren, muss die SPD gerade im Bereich der Sozialpolitik wieder klare Grundsätze verkörpern:

- 30
- Der Staat muss seine Bürger*innen schützen und sich um seine Bürger*innen kümmern.
 - Soziale Sicherheit heißt nicht Kampf gegeneinander, sondern solidarisches Miteinander.

- Profitinteresse hat in den Bereichen der sozialen Sicherheit wie Rente,
35 Pflege, Gesundheit, Bildung nichts zu suchen.
- Diese Sozialpolitik setzt gerechte Verteilungspolitik voraus.

Konkret bedeutet dies für uns eine gerechte und solidarische Sozialpolitik auf dem Weg zu einem solidarischen Grundeinkommen in folgenden Stufen

- 40 1. Korrektur von Hartz IV durch Abbau der Hürden für den Arbeitslosengeldbezug durch Erleichterung des Zugangs zur Arbeitslosenversicherung durch Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf wieder drei Jahre, d.h. dass innerhalb von drei statt zwei Jahren wieder zwölf
45 Monate gearbeitet werden muss, um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben.

Erhöhung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in Abhängigkeit von vorherigen Beschäftigungszeiten und dem Alter auf bis zu 36 Monate.

50

Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes, das oberhalb des Grundversicherungsniveaus für Alleinlebende liegt.

Erhöhung und Neuberechnung der Regelsätze.

55

Abschaffung der Sanktionen.

Anpassung der Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II an ALG I.

- 60 Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten ohne Stufen und Deckel, d.h. nach dem Freibetrag von 100 Euro kann immer 20 % des Zuverdienstes pro Monat behalten werden und der Deckel von 1200 Euro pro Monat entfällt. Das betrifft insbesondere Saisonarbeiter*innen wie Erntehelfer und z.B. Menschen, die wie Schauspieler oder Grafikdesigner, die von
65 Aufträgen leben.

70

2. Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder ohne Vorbedingungen, damit endlich die die meiste Unterstützung bekommen, die am wenigsten haben. Die Höhe der Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen Existenzminimum (derzeit 619 Euro) entsprechen und mit steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (derzeit 300 Euro) abschmelzen. Dieser Mindestbetrag soll der maximalen Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechen

75 In einem ersten Schritt darf das Kindergeld nicht mehr auf die Arbeits-
losenleistungen angerechnet werden.

3. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000 langzeitarbeitslose
Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens, das
an keine Bedingungen geknüpft ist, um erforschen zu können, ob ein
80 Grundeinkommen die Bereitschaft insbesondere zur Annahme von Ar-
beit erhöht.

4. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines so-
lidarischen Grundeinkommens und seiner Finanzierung aus Steuermit-
teln, die insbesondere auch den Wandel durch die Digitalisierung der
85 Arbeitswelt berücksichtigen und das Grundeinkommen nicht als neoli-
berales Konzept sieht, sondern als soziales, solidarisches Absicherungs-
konzept der gesamten Bevölkerung.

Begründung

Mehr denn je sind wir als SPD gefordert die Frage zu beantworten: „Wie
90 wollen wir und unsere Kinder in Zukunft leben?“ Insbesondere die Aus-
gestaltung der sozialen Sicherungssysteme und die Absicherung der
Lebensrisiken ist für die meisten Menschen ein zentrales Zukunftsthema.

Längst gilt das Versprechen der Teilhabe am Wohlstand und Aufstiegsmög-
95 lichkeiten nicht mehr. Vielmehr ist die Realität nach den Jahrzehnten, in
denen der Neoliberalismus Politik geprägt hat, dass das Wohlstandsverspre-
chen nicht mehr gilt.

Die Nachkriegszeit war in materieller Hinsicht eine Gesellschaft des sozialen
100 Aufstiegs. Zwischen 1950 und 1970 verdreifachten sich die Nettoreallöhne.
1970 waren 84 % der Arbeitsverhältnisse sogenannte Normalarbeitsver-
hältnisse. Obwohl auch in dieser Zeit die Kluft hinsichtlich Einkommen und
Vermögen größer wurde, war dies von nicht so großer gesellschaftlicher
Bedeutung, da es allen besser ging.

105 Der Sozialstaat wurde von allen, auch von Christdemokraten und Freidem-
okraten akzeptiert. Sozialausgaben und höhere Löhne wurden als Garanten
für Wirtschaftswachstum betrachtet. Diese Sichtweise existierte bis weit
hinein des 20. Jahrhunderts.

110 Als die Unternehmen zunehmend auf internationalen Märkten tätig wur-
den und die Finanzmärkte, weil die Politik sie zunehmend deregulierte,
immer mächtiger wurden, begann sich dies zu ändern.

115 Dieser wurde zunehmend als zu teuer und ineffizient kritisiert. Dieser
Sichtweise erlag auch die Sozialdemokratie. Und die Agenda 2010 sollte
die Abkehr von der sogenannten „Hängematten-Mentalität“ einleiten und
Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand
zu nehmen. Die Konsequenz war die Privatisierung staatlicher Aufgaben
120 und das Propagieren eines schlanken Staates.

1. Korrektur von Hartz IV

Die Hartz-Reformen waren der Kern der Agenda 2010. Sie bedeuteten
das Absenken sozialstaatlicher Leistungen und den Abbau des Arbeitneh-
125 mer*innenschutzes. Damit sollte der/die Einzelne wieder stärker motiviert
werden, sich anzustrengen und vorzusorgen. Letztlich aber führte diese
Politik zu einer Entwürdigung derer, die arbeitslos geworden waren, zu
einer Entsolidarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen sowie zu massiven
Abstiegsängsten.

130

Außerdem gibt es keine belastbaren Untersuchungen über den Zusammen-
hang zwischen den Arbeitsmarktmaßnahmen der Agenda 2010 und der
verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Konjunktur bis 2014.

135 1. Einführung einer Kindergrundsicherung

Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Ein Armutszeugnis
für unsere reiche Gesellschaft. Der Kinderzuschlag ist offensichtlich nicht
geeignet, dem entgegen zu wirken. Er ist zu bürokratisch und unterliegt
denselben restriktiven Bedingungen wie Hartz IV.

140

Statt Hartz IV-Leistungen auf der Grundlage von Erwachsenen abgeleiteter
Regelsätze brauchen Kinder eine existenzsichernde Kindergrundsicherung,
die auch die Einkommenssituation der Eltern berücksichtigt. Denn bisher
gilt, dass das Kindergeld auf Sozialleistungen angerechnet wird und Kinder-
145 freibeträge für hohe Einkommen lukrativer sind als das Kindergeld.

1. Auflegen eines Programms für mindestens 150 000 langzeitarbeitslose
Menschen zur Gewährung eines solidarischen Grundeinkommens.

Finnland erprobt bei 2 000 Menschen das bedingungslose Grundeinkom-
150 men. Die Schweiz ebenfalls. Die Befreiung von der minutiösen Überwachung
durch die Arbeitsbehörde samt der Möglichkeit, Jobs ohne Abzug ist nach
Aussagen von Teilnehmer*innen ein positiver Antrieb. Die Unabhängigkeit
vom Jobcenter sei die größte mentale Veränderung.

155 Neben den 150 000 geförderten Stellen zur Teilhabe auf dem sozialen
Arbeitsmarkt, die sich an sogenannte „arbeitsmarktferne“ Personen rich-
tet, brauchen wir die generelle Abkehr von einem auf Reglementierung
aufbauenden Sozialsystem. Um hier belastbare Daten zu bekommen und
mittelfristige Reformen des Sozialsystems einleiten zu können, brauchen
160 wir ein Programm, das Praxiserfahrungen liefert.

1. Vergabe von Forschungsprojekten zur generellen Einführung eines soli-
darischen Grundeinkommens.

Den vielfältig existierenden Ansätzen und Konzeptversuchen für ein Grund-
165 einkommen muss ein klares Konzept für ein solidarisches Grundeinkommen
entgegengesetzt werden, das steuerfinanziert ist. Um hierfür solide Argu-
mente zur Verfügung zu haben, müssen Forschungsaufträge mit klaren so-
lidarischen Fragen vergeben werden, wie: Wie hoch werden die Ausgaben
sein bei unterschiedlicher Ausgestaltung der Höhe des solidarischen Grund-
170 einkommens, wie hoch die „Einsparungen“ durch den Wegfall der bisherigen
Sozialausgaben. Wie kann die Frage der Beiträge zur Kranken- und Pflege-
versicherung gelöst werden. Wie muss die Steuerprogressionskurve verlau-
fen, um die Ausgaben zu decken, ohne z.B. Investitionen zu beschneiden, wie
müssen sich Höchstvermögende und Bezieher höchster Erbschaften beteiili-
175 gen usw.